

## **Dringlichkeitsantrag an den LPT Hamburg Die Linke 25./26.3. 2022**

**Antragsteller:** Holger Griebner und weitere Genossinnen und Genossen ...

DIE LINKE fordert von der Bundesregierung eine realitätsbezogene friedliche Außenpolitik. Deutschland muss sich von der NATO-Aufrüstungsdoktrin abkoppeln. NATO-Aufrüstung und Rüstungsexport stehen Waffenstillstand und Verhandlungen in der Ukraine entgegen. Ja zu humanitärer Hilfe – nein zur Hochrüstung, wie sie am 27.2. durch den Bundeskanzler verkündet wurde.

Nach wie vor und jetzt erst recht fordern wir:

**Abrüsten statt Aufrüsten!**

**Keine Waffenexporte, schon gar nicht in das Kriegsgebiet Ukraine!**

**Verzicht auf die Anschaffung neuer Kampfbomber für die in Büchel gelagerten Atomwaffen!**

### Begründung:

In seiner Regierungserklärung am 27.2.22 hat Kanzler Olaf Scholz ein gigantisches Aufrüstungsprogramm der Bundeswehr verkündet und gleichzeitig Waffenlieferungen an die Ukraine angekündigt. 100 Milliarden für Mordswerkzeuge und Verdoppelung des Rüstungsetats tötet jede Hoffnung auf eine sozialökologische Transformation.

Auf Kriegshandlungen in Europa gegenüber der Atommacht Russland mit Aufrüstung zu antworten ist lebensgefährlich und grundfalsch. Eine Bundesregierung, die der russischen Kriegslogik der Eskalation in der Ukraine folgt, hochrüstet und mit Waffenlieferungen eingreift, gefährdet den Frieden in Europa und in der Welt.

Dieser Schritt macht unser Land erneut nach 1999 zum Akteur in einem europäischen Krieg, der dann vielleicht auch mit atomaren Massenvernichtungswaffen, wie sie in Büchel lagern, ausgetragen würde.

Nicht dem Frieden und der Freiheit sondern Oligarchen in aller Welt, die an fossilen Energien und Rüstungsaufträgen profitieren, dient diese entsetzliche Aufrüstungsentscheidung. Gemeinsam mit den geplanten Waffenlieferungen kommt sie einer Kriegserklärung gegen Russland gleich. Deutsche Waffen morden schon jetzt überall in der Welt. Wir fordern Export- und letztlich Produktionsstopp. Jede exportierte Waffe tötet und nicht nur in der Ukraine verlängert sie das Kriegselend. Daher unterstützen wir hier in Hamburg auch die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen.